

ger, Scherrer, Schmidhalter, Schnider, Schüle, Schwab, Segmüller, Seiler Hanspeter, Spoerry, Steffen, Theubet, Tschuppert, Wanner, Weber-Schwyz, Wellauer, Widrig, Wyss Paul, Wyss William, Zbinden Paul, Zwingli (88)

*Für den Antrag der Minderheit stimmen die folgenden Ratsmitglieder:*

*Votent pour la proposition de la minorité:*

Aguet, Ammann, Aubry, Bär, Bäumlín Richard, Bäumlín Ursula, Béguelin, Bodenmann, Bonvin, Borel, Braunschweig, Brügger, Carobbio, Cevey, Couchepin, Danuser, David, Déglise, Diener, Ducret, Dünki, Eggenberg-Thun, Fankhauser, Fetz, Fierz, Grendelmeier, Günter, Hafner Ursula, Haller, Herczog, Hildbrand, Hubacher, Jaeger, Jean-prêtre, Lanz, Ledergerber, Leuenberger-Solothurn, Leuenberger Moritz, Leutenegger Oberholzer, Longet, Maeder, Martin, Matthey, Mauch Ursula, Meier-Glatfelden, Meizoz, Morf, Nabholz, Neukomm, Oester, Ott, Pocolat, Petitpierre, Philipona, Pitteloud, Rebeaud, Rechsteiner, Reimann Fritz, Ruffy, Salvioni, Schmid, Seiler Rolf, Spielmann, Stamm, Stappung, Thür, Uchtenhagen, Ulrich, Weder-Basel, Widmer, Wiederkehr, Zbinden Hans, Ziegler, Züger, Zwygart (75)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Daepf, Zölch (2)

*Abwesend sind die folgenden Ratsmitglieder – Sont absents:*

Aregger, Berger, Biel, Bircher, Blocher, Brélaz, Bundi, Caccia, Cavadini, Cotti, Etique, Euler, Fehr, Frey Walter, Graf, Hafner Rudolf, Hess Otto, Houmard, Kohler, Leuba, Luder, Maitre, Mauch Rolf, Müller-Aargau, Oehler, Pidoux, Pini, Rutishauser, Sager, Segond, Spälti, Steinegger, Stocker, Stucky (34)

*Präsident Iten stimmt nicht*

*M. Iten, président, ne vote pas*

87.204

### **Standesinitiative Basel-Stadt Strafgesetzbuch. Aenderung Initiative du canton de Bâle-Ville Code pénal. Modification**

Beschluss des Ständerates vom 8. Dezember 1987  
Décision du Conseil des Etats du 8 décembre 1987

Herr **Hess** Peter unterbreitet im Namen der Petitions- und Gewährleistungskommission den folgenden schriftlichen Bericht:

1. Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt reichte am 11. Juni 1987 eine Standesinitiative ein. Er beantragt mit folgender Begründung Reformen betreffend die Strafen und die Vorschriften über den Vollzug von Strafen:

«Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt begrüsst die Reformbestrebungen betreffend die Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuchs, wie sie durch den Bericht und Vorentwurf von Professor Dr. Hans Schultz in Gang gebracht worden sind, und teilt die im Bericht zum Ausdruck gebrachte Ueberzeugung, dass die freiheitsentziehende Strafe das letzte Mittel der Rechtsordnung darstellt. Die schädlichen Wirkungen einer Freiheitsstrafe sollten möglichst verhindert werden; wo sie unausweichlich sind, muss ihnen entgegengewirkt werden.

Vor allem beim Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen hat die Praxis deutlich gezeigt, dass dadurch kaum resozialisierende Wirkung auf die Täter erwartet werden kann. Nach der

Statistik entfallen etwa 80 Prozent aller ausgesprochenen Freiheitsstrafen auf Strafen bis zu 6 Monaten. Diese Kurzstrafen sind mit ein Grund für die derzeitige Ueberbelegung aller schweizerischen Strafvollzugsanstalten. Bei der Revision des Allgemeinen Teils des StGB ist ein Sanktionssystem anzustreben, das auf die Androhung von Kurzstrafen verzichtet und an deren Stelle andere, nicht freiheitsentziehende Strafen treten lässt.

Der Kanton Basel-Stadt, gestützt auf Artikel 93 Absatz 2 der Bundesverfassung, lädt daher die eidgenössischen Räte ein, folgende Vorschläge für die Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches zu prüfen.

I. Reformvorschläge betreffend die Strafen

a. Artikel 41 StGB: Bedingter Strafvollzug

– Erhöhung der bisher geltenden Grenze für bedingt ausgesprochene Strafen von heute 18 Monaten auf 30 Monate.

b. Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung

– Einführung der Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung als selbständige Hauptstrafe im Erwachsenenstrafrecht, analog der bewährten Regelung im Jugendstrafrecht.

c. Tagesbussensystem

– Einführung eines Tagesbussensystems anstelle von kurzen Freiheitsstrafen. Dieses System geht vom Tagesverdienst des Verurteilten aus und verhängt die Busse in Tagessätzen. Die Zahl der Tagessätze entspricht dem Mass des Verschuldens; die Höhe des Betrags des einzelnen Tagessatzes entspricht den wirtschaftlichen Verhältnissen des Verurteilten. Ein Tagessatz kann zwischen 5 und 1000 Franken betragen und für 2 bis 360 Tage verhängt werden.

d. Das richterliche Fahrverbot

– Einführung eines richterlichen Fahrverbots von einem Monat bis zu drei Jahren als Hauptstrafe für diejenigen Delinquenten, die als Teilnehmer am öffentlichen Strassenverkehr eine strafbare Handlung begingen. Das bedeutet, dass ein Fahrverbot ausgesprochen werden kann, wenn sich die Straftat in der Verletzung einer Verkehrsregel erschöpft, aber auch, wenn die zu beurteilende Tat auf ein solches Verhalten zurückgeht.

II. Reformvorschläge betreffend die Vorschriften über den Vollzug von Strafen

a. Artikel 38 StGB: Bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug

– Ermöglichung der bedingten Entlassung aus dem Strafvollzug nach der Verbüßung der Hälfte der Strafzeit bei günstiger Prognose des Verurteilten.

– Einräumung eines Ermessensspielraums für die zuständige Behörde, dass bei einer erneuten Verurteilung nicht zwingend die Rückversetzung in den Strafvollzug angeordnet werden muss.

b. Artikel 37 StGB: Halbfreiheit

– Aufnahme des Instruments der Halbfreiheit ins Schweizerische Strafgesetzbuch. Danach soll ein Insasse in einer Strafanstalt im Sinne einer Vorbereitung auf das Leben in der Freiheit in eine offener geführte Anstalt oder in ein Uebergangshaus versetzt werden können.

c. Halbgefängenschaft

– Regelung des Instituts der Halbgefängenschaft im Schweizerischen Strafgesetzbuch. Danach soll jedem bis zu sechs Monaten Freiheitsentzug Verurteilten im Sinne eines Rechtsanspruchs der Vollzug der Freiheitsstrafe in Form der Halbgefängenschaft gewährt werden.»

2. Die Petitions- und Gewährleistungskommission prüfte die Standesinitiative am 7. November 1988. Sie stellte fest, dass die Standesinitiative des Kantons Basel-Stadt zur Aenderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches inhaltlich kein Neuland betritt, sondern auf andere Vorstösse gleicher Art folgt.

Die Revision des Strafgesetzbuches gibt seit Jahren zu Diskussionen Anlass. Bereits 1973 hat Bundesrat Furgler als damaliger Vorsteher des Justizdepartementes den bekannten Strafrechtslehrer, Professor Schultz, beauftragt, den Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches im Sinne eines Vorentwurfs mit Erläuterungen zu prüfen. Bericht und Vorentwurf liegen seit März 1985 vor. Die Vorschläge, die darin enthalten sind, dienen heute einer Expertenkommission, die

der Bundesrat im März 1987 unter dem Präsidium von Professor Krauskopf eingesetzt hat, als Grundlage ihrer Arbeiten.

Die Begehren des Kantons Basel-Stadt stimmen mit den Vorschlägen überein, welche Professor Schultz dem Bundesrat unterbreitet hat und die jetzt von der Expertenkommission überprüft werden. So entsprechen die Reformvorschläge der Standesinitiative betreffend den bedingten Strafvollzug Artikel 57 des Vorentwurfs Schultz, jener betreffend die Verpflichtung zu einer Arbeitsleistung Artikel 41 des Vorentwurfs, jener betreffend Tagesbussensystem Artikel 33 des Vorentwurfs, jener betreffend richterliches Fahrverbot Artikel 37 des Vorentwurfs, jener betreffend bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug Artikel 87 Ziffer 1 des Vorentwurfs, jener betreffend Ermessensspielraum bei Rückfälligkeit Artikel 87 Ziffer 5 des Vorentwurfs, jener betreffend Halbfreiheit Artikel 87 Ziffer 4 und 5 des Vorentwurfs und jener betreffend Halbgefängenschaft Artikel 35 Ziffer 3 des Vorentwurfs Schultz.

Es ist unbestritten, dass die Standesinitiative wichtige Probleme des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches aufgreift, wenn es auch nicht die brennendsten Fragen einer Strafrechtsrevision sind. Mehr ins Gewicht fallen beispielsweise die Frage nach der Aufhebung des Begriffs «Zucht-haus» gegenüber dem Begriff «Gefängnis» oder die Frage nach dem Verhältnis zwischen Verbrechen und Vergehen. Alle diese Fragen befinden sich zur Zeit bei der Verwaltung in Bearbeitung. Zum Teil sind die Begehren, wie z. B. die Halbgefängenschaft, aufgrund der bestehenden Gesetzgebung in den Kantonen bereits erfüllt.

**M. Hess** Peter présente au nom de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales le rapport écrit suivant:

1. Le Grand Conseil de Bâle-Ville a déposé une initiative le 11 juin 1987. Pour les motifs suivants, il y propose des réformes concernant les peines et la révision des dispositions relatives à leur exécution:

«Le Grand Conseil du canton de Bâle-Ville se réjouit des réformes proposées par le professeur Hans Schultz en vue de la révision de la partie générale du code pénal suisse (CPS), telles qu'elles sont décrites dans le rapport et dans l'avant-projet qu'il a présentés. Le Grand Conseil du canton de Bâle-Ville partage notamment la conviction de l'auteur du rapport lorsqu'il pense que la peine privative de liberté ne doit être infligée qu'en cas d'absolue nécessité. Il convient dans toute la mesure du possible de prévenir les effets nuisibles de la privation de liberté, ou du moins de les pallier lorsque celle-ci est inéluctable.

L'expérience a montré clairement que les peines privatives de liberté de courte durée en particulier n'aident guère les personnes condamnées à retrouver une place dans la société. Il ressort des statistiques que 80 pour cent des peines privatives de liberté qui sont prononcées ne dépassent pas six mois. Le fait que les personnes condamnées à de courtes peines doivent les purger dans un établissement pénitentiaire est l'une des raisons du surpeuplement des prisons, qui est un phénomène généralisé dans notre pays. Lors de la révision de la partie générale du CPS, il conviendrait de renoncer aux peines privatives de liberté de courte durée et de les remplacer par des peines d'une autre nature. Se fondant sur l'article 93, 2ème alinéa de la Constitution fédérale, le canton de Bâle-Ville invite par conséquent les Chambres fédérales à étudier les propositions suivantes en vue de la modification du code pénal suisse.

I. Propositions de modification relatives aux peines

a. Article 41 CPS: Sursis à l'exécution de la peine

– Relèvement de 18 mois à 30 mois de la limite jusqu'à laquelle le juge a le pouvoir d'accorder le sursis.

b. Exécution d'un travail

– Introduction dans le droit pénal applicable aux adultes de la possibilité d'astreindre le condamné à l'exécution d'un travail comme peine principale, par analogie avec la régle-

mentation applicable aux enfants et aux adolescents, qui a fait ses preuves.

c. Système des jours-amendes

– Remplacement des courtes peines privatives de liberté par un système d'amendes permettant de tenir compte du revenu de la personne condamnée. L'amende est infligée en jours-amendes. Le nombre des jours-amendes exprime la gravité de la faute commise, alors que le montant du jour-amende est proportionnel au revenu de la personne condamnée. Le montant du jour-amende se situe entre 5 francs et 1000 francs. L'amende peut être infligée pendant 2 à 360 jours.

d. Interdiction de conduire

– Introduction de l'interdiction de conduire pendant une durée d'un mois à une année comme peine principale pour toutes les personnes qui ont commis un acte pénalement répréhensible en circulant sur la voie publique. Autrement dit, l'interdiction de conduire peut être prononcée non seulement lorsque l'acte pénalement répréhensible se limite à la violation d'une règle de la circulation, mais aussi lorsque l'acte en cause découle d'une telle violation.

II. Propositions de modification relatives aux dispositions régissant l'exécution des peines

a. Article 38 CPS: Libération conditionnelle

– Introduction d'une possibilité de libérer conditionnellement la personne condamnée qui a purgé la moitié de sa peine lorsque les chances de réinsertion paraissent bonnes.

– Aménagement d'une marge d'appréciation à l'intention de l'autorité compétente, de sorte qu'une nouvelle condamnation n'entraîne pas forcément la réincarcération de la personne condamnée.

b. Article 37 CPS: Semi-liberté

– Introduction de la semi-liberté dans le code pénal suisse. Cette institution a pour but de permettre aux détenus de se préparer dans un établissement plus ouvert ou dans un foyer de transition au retour à la vie en liberté.

c. Semi-détention

– Réglementation de la semi-détention dans le code pénal suisse. Toutes les personnes condamnées à une peine privative de liberté de six mois au plus auraient ainsi le droit de purger leur peine en régime de semi-détention.

2. La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales a étudié l'initiative de Bâle-Ville le 7 novembre 1988. Elle a constaté que, par son contenu, cette proposition de modifier notre code pénal ne constitue pas une oeuvre de pionnier; elle fait suite à d'autres interventions allant dans le même sens.

La révision du code pénal est le sujet de discussions depuis de nombreuses années. En 1973 déjà, M. Furgler, chef du Département de justice et police à l'époque, avait chargé le professeur Schultz, spécialiste renommé du droit pénal, d'étudier les dispositions générales de ce code et de préparer un avant-projet commenté. Son rapport, ainsi que l'avant-projet, sont disponibles depuis mars 1985. Les propositions qui y sont faites servent actuellement de base aux travaux entrepris par une commission d'experts nommée par le Conseil fédéral en mars 1987, avec M. Krauskopf comme président.

Les propositions de Bâle-Ville concordent avec les suggestions que le professeur Schultz a soumises au Conseil fédéral et qui sont étudiées par la commission d'experts. Ainsi, la proposition bâloise relative à la réforme du sursis à l'exécution de la peine correspond à l'article 57 de l'avant-projet Schultz, celle qui concerne l'exécution d'un travail à l'article 41 de l'avant-projet, celle d'instituer un système des jours-amendes à l'article 33, alors que celle qui prévoit la possibilité pour le juge de prononcer l'interdiction de conduire se retrouve à l'article 37 du texte précité; de même, les propositions concernant la libération conditionnelle, l'octroi au juge d'une marge d'appréciation en cas de nouvelle condamnation, la semi-liberté ou la semi-détention correspondent aux articles 87, chiffres 1, 4 et 5, et 35, chiffre 3, de l'avant-projet Schultz.

Incontestablement, l'initiative de Bâle-Ville touche à un certain nombre de problèmes importants que posent les dispo-

sitions générales du code pénal, même s'il ne s'agit pas des questions les plus brûlantes à résoudre lors d'une révision du droit pénal. L'abandon de la notion de «réclusion» au profit de celle d'«emprisonnement», ou les rapports entre le crime et le délit par exemple, ont plus d'importance. Toutes ces questions sont en ce moment à l'étude dans l'administration, tandis que certaines propositions, comme la semi-détention par exemple, ont été déjà réalisées par la législation en vigueur dans les cantons.

#### *Antrag der Kommission*

Die Kommission beantragt dem Nationalrat einstimmig, analog zum Ständerat, der Standesinitiative Folge zu geben und die Initiative dem Bundesrat zum Bericht und Antrag zu übergeben; diese sind dem Parlament im Zusammenhang mit der vorgesehenen Revision des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches zu unterbreiten.

#### *Proposition de la commission*

La commission propose à l'unanimité au Conseil national, analogue au Conseil des Etats, de donner suite à l'initiative du canton et de transmettre l'initiative au Conseil fédéral pour rapport et propositions; ces dernières devront être soumises au Parlement dans le cadre de la révision envisagée des dispositions générales du code pénal.

**Präsident:** Die Kommission beantragt einstimmig, der Standesinitiative Folge zu geben.  
Ein anderer Antrag ist nicht gestellt.

*Zustimmung – Adhésion*

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

88.014

### **Krankenkassen-Initiative (Fristverlängerung)**

#### **Initiative des caisses-maladie (Prorogation du délai)**

#### *Antrag der Kommission*

Die Frist zur Behandlung der Volksinitiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» wird gestützt auf Artikel 27 Absatz 5bis des Geschäftsverkehrsgesetzes um ein Jahr, bis zum 29. April 1990, verlängert.

#### *Schriftliche Begründung der Kommission*

1. Die Volksinitiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» wurde am 30. April 1985 in der Form eines ausgearbeiteten Entwurfs eingereicht. Gemäss Artikel 27 Absatz 1 des Geschäftsverkehrsgesetzes (GVG) hat die Bundesversammlung innert vier Jahren Beschluss zu fassen, ob sie der Initiative zustimmt oder nicht. Diese Frist würde am 29. April 1989 ablaufen.

2. Die Bundesversammlung kann jedoch diese Frist um ein Jahr verlängern, «wenn mindestens ein Rat über einen Gegenentwurf oder einen mit der Volksinitiative eng zusammenhängenden Erlass Beschluss gefasst hat» (Art. 27 Abs. 5bis GVG).

3. Der Ständerat hat am 14. Dezember 1988 einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative gutgeheissen. Die Kommission beantragt, von der Möglichkeit der Fristverlängerung Gebrauch zu machen, um dem Nationalrat eine angemessene Frist zur Beratung von Initiative und Gegenvorschlag einzuräumen.

#### *Proposition de la commission*

Le délai fixé pour l'examen de l'initiative populaire «pour une assurance-maladie financièrement supportable» est prorogé d'un an, soit jusqu'au 29 avril 1990, en vertu de l'article 27, alinéa 5bis, de la loi sur les rapports entre les conseils.

#### *Développement par écrit de la commission*

1. L'initiative populaire «pour une assurance-maladie financièrement supportable» a été déposée le 30 avril 1985 sous forme de projet rédigé de toutes pièces. Selon l'article 27, 1er alinéa, de la loi sur les rapports entre les conseils (LRC), l'Assemblée fédérale est tenue, dans un délai de quatre ans à compter du jour où l'initiative a été déposée, de décider si elle l'approuve ou non. Le délai en question arrivera à échéance le 29 avril 1989.

2. Cependant, l'Assemblée fédérale peut proroger le délai d'un an «si, l'un des conseils au moins a pris une décision sur un contre-projet ou sur un acte législatif qui a un rapport étroit avec l'initiative populaire.» (Art. 27 al. 5bis, LRC).

3. Le Conseil des Etats a accepté le 14 décembre 1988 un contre-projet indirect à l'initiative populaire. La commission propose qu'on fasse usage de la possibilité de proroger le délai, aux fins d'accorder au Conseil national un délai raisonnable lui permettant d'examiner l'initiative et le contre-projet.

**Präsident:** Die Kommission zur Vorberatung der Volksinitiative «für eine finanziell tragbare Krankenversicherung» stellt Antrag, gestützt auf Artikel 27 Absatz 5bis des Geschäftsverkehrsgesetzes, die Frist der Behandlung um ein Jahr, bis zum 29. April 1990, zu verlängern.  
Ein anderer Antrag ist nicht gestellt.

*Zustimmung – Adhésion*

**Präsident:** Wir behandeln jetzt die persönlichen Vorstösse gemäss separater grauer Liste.

88.715

### **Motion Hafner Ursula Erwerbsersatzordnung. Revision Régime des allocations pour perte de gain. Révision**

#### *Wortlaut der Motion vom 28. September 1988*

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Aenderung der Erwerbsersatzordnung für Wehr- und Zivildienstpflichtige in folgendem Sinne vorzulegen:

Wenn durch die Dienstleistung dem Ehepartner eines/einer Dienstpflichtigen ein Erwerbsausfall entsteht, weil der Ehepartner Kinderbetreuungsfunktionen übernimmt, die sonst vom/von der Dienstpflichtigen wahrgenommen werden, ist der so entstandene Erwerbsausfall des Ehepartners auch zu entschädigen.

#### *Texte de la motion du 28 septembre 1988*

Le Conseil fédéral est chargé de présenter au Parlement un projet de modification du Règlement sur les allocations pour perte de gain en faveur des personnes astreintes au service militaire ou à la protection civile; cette modification aura le but suivant:

Si le conjoint d'une personne astreinte au service subit une perte de gain parce qu'il doit, pendant la durée de ce service, se charger de la garde des enfants qui serait sinon assurée par la personne astreinte au service, la perte de gain subie par ledit conjoint doit également être compensée par une allocation.

## **Standesinitiative Basel-Stadt Strafgesetzbuch. Aenderung**

## **Initiative du canton de Bâle-Ville Code pénal. Modification**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.204
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	16.12.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1906-1908
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 945

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.